



Der Donauschwabe

BUNDESORGAN DER HEIMATVERTRIEBENEN AUS JUGOSLAWIEN, RUMÄNIEN UND UNGARN

Jahrgang 36 / Nummer 22

Donauschwäbischer Heimatverlag D-7080 Aalen Postfach 1680

1. Juni 1986

Von Dr. Johann Weidlin

Waren denn die Madjaren assimiliert?

Die Assimilation in Ungarn – einmal anders gesehen

Mit Stolz nannten sich in Trianon-Ungarn (1920–1944) auch führende Madjaren „Asiaten“, das Madjarentum aber die „Speerspitze Asiens“, die in den Leib Europas am tiefsten eingedrungen ist, und „die edelste Verkörperung der turanischen Herrenrasse“. (Ausführlicher bei mir, Der ungarische Turanismus. In: Südost-deutsches Archiv 1968, S. 229–246. Auch in dem Band Pannonica, S. 267–285). Das wichtigste Bestreben der madjarischen Innenpolitik war seit Generationen, die in Ungarn beheimateten Nationalitäten europäischer Völkerschaften zu Madjaren zu machen, sie mit allen Mitteln des physischen und seelischen Terrors zur Aufgabe ihres ursprünglichen Volkstums zu zwingen, sie zu entrechten, berauben und zu vertreiben. Manche dieser Überläufer wurden zu Vorkämpfern des Turanismus, der Ideologie des Abfalls Ungarns von Europa, der historischen Ziele des madjarischen Volkes, besser gesagt, vieler seiner führenden Geister.

Besonders Juden und Deutsche sollten eingeschmolzen, „assimiliert“ werden. „Wenn wir leben wollen, so müssen wir uns vermehren und stärken durch die Assimilation fremder Elemente.“ Diese „fremden Elemente“ wehrten sich freilich nach Kräften, sie wurden jedoch Feinde des Staates genannt und über die Grenzen geschickt. Dabei gab es auch einsichtige Madjaren, die treffende Worte zur Bezeichnung des Turanismus fanden. So schrieb z. B. Nikolaus Kállay – ein Historiker, nicht der ehemalige Ministerpräsident – in der Zeitschrift Magyar Szemle, Jg. 1932, S. 204, u. a.:

„Bei uns ist der mit nationalistischem Nebengeschmack präparierte Turanismus auch nur ein Versuch der Raumgewinnung des asiatischen Geistes... Das ist die religiöse und politische Anarchie, ein schrecklicher Dschungel der seelischen Zerrüttung, und in diesem riesigen asiatischen Sumpf faulen verheerende Ideen, Prinzipien, verpestete Theorien und mörderische seelische Seuchen, deren Atem alles vergiftet, was mit ihnen in Berührung kommt.“

Niemand will die Berechtigung des Anspruchs der Madjaren auf Selbst-erhaltung und auf wohlwollendes Verständnis für alle Bemühungen, die diesem Ziel dienen und einigermaßen vertretbar sind, bezweifeln. Sie haben jedoch keinen Anspruch darauf, ihre Existenz auf der Vernichtung anderer Völker, auf ständigem Genozid (Volks- oder Volksgruppenmord) aufzubauen. Das muß einmal klar ausgesprochen werden.

Die Rechtsgrundlage der madjarischen Existenz in Europa:

Im Jahre 896 brachen die Madjaren vor ihren Stammesbrüdern, den Petschenegen (bessenyök) fliehend über die Nordostkarpaten im Donau-Karpatenraum ein, unterwarfen die hier wohnenden Völker und führten 2–3 Generationen hindurch barbarische Raubzüge durch halb Europa. Nach allgemeinem Urteil waren sie das wildeste, barbarischste Volk, das man je kannte. Es gehörte damals zu ihrer Lebensweise, fast Jahr für Jahr in irgend ein Land Europas einzufallen, Dörfer und unbefestigte Städte niederzubrennen, zu morden, zu schänden, zu rauben und Menschen wegzuschleppen. Das konnte freilich nicht lange gut gehen: Im Jahre 955 wurden sie bei Augsburg, auf dem Lechfeld, von Kaiser Otto dem Großen vernichtend geschlagen. Einige Jahre später erging es ihnen ebenso unter den Mauern Konstantinopels.

Nach diesen Niederlagen mußte die Vergeltung kommen, d. h. die aus den Graslandschaften Mittelasiens – so behaupten es wenigstens die

Madjaren selbst – in altes europäisches Kulturland eingedrungen wilden Reiterscharen erwarteten den Gegenschlag der europäischen Völker. Darum begannen sie damals den Bau der Verhaulinie (gyepűvonal) im Westen, um den erwarteten Schlag abzuwehren. Doch dieser erfolgte nicht.

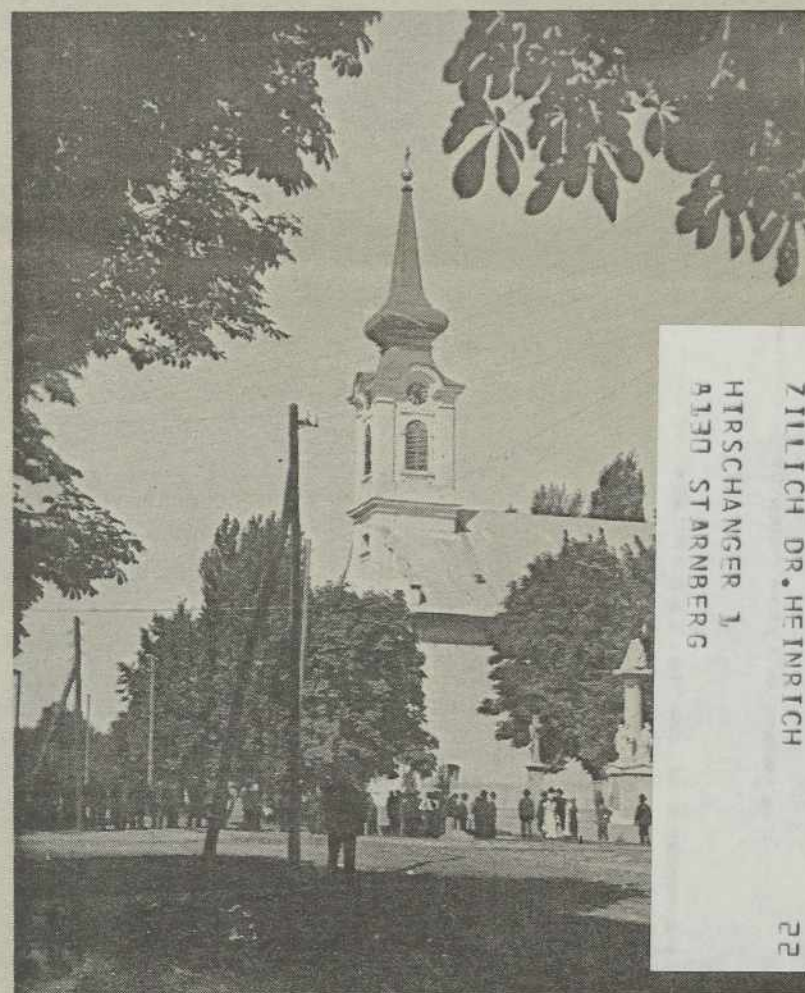
Es war Fürst Géza (972–997), der Vater des Heiligen Stefan, der die Notwendigkeit erkannte, sich und sein Volk in die europäische Gemeinschaft einzuordnen, um nicht ausgerottet und vertilgt zu werden, wie es vorher den anderen asiatischen Eindringlingen, den Hunnen und den Awaren, geschehen war. Unter Géza und seinem Sohn Stefan paßten sich die Madjaren ihrer Umwelt an. Von den Nachbarn wurde die Anpassung dadurch anerkannt, daß der Papst mit Zustimmung des Kaisers im Jahre 1000 an König Stefan eine Krone übersandte, und daß Stefan Gisela, die Schwester des Kaisers Heinrich II., als Gattin erhielt.

Nicht alle Madjaren erkannten die Notwendigkeit einer Anpassung an ihre neue, europäische Umwelt. Diese aber wurden samt ihren Führern, namentlich Koppány und Vatha, vom König niedergeschlagen. Ihm zur Seite standen auch die mit Gisela nach Ungarn gelangten bayerischen Priester und Ritter, besonders auch die 300 „wohlbewehrten“ Bayern, die unter den Begleitern Giselas besonders erwähnt werden. Die Dinge so gesehen, muß man eigentlich die Deutschen als die Retter der Madjaren erblicken – sie haben sie im Laufe ihrer tausendjährigen Geschichte in Europa öfter retten müssen –, denn auch später wurden heidnische Nomaden des Ostens, die sich nicht angepaßt haben, wie etwa die Petschenegen, die Kumanen oder die Tataren (Goldene Horde), in Europa vernichtet. Hätten die Gegner König Stefans gesiegt, wäre es den Madjaren nicht anders ergangen. Der „Stern der Madjaren“ (magyarok csillaga) war also nicht der im nationalistischen

Zeitalter so genannte Koppány, sondern der Staatengründer Sankt Stefan. Auf seine und seines Vaters Anregung haben sich die Madjaren, wenn auch nach manchen Rückschlägen, in das europäische Gesellschafts-, Wirtschafts- und Verteidigungssystem eingeordnet; eine rassische und sprachliche Assimilation wurde von ihnen nicht verlangt.

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, daß die Madjaren ihre angeblich asiatische Herkunft völlig vergessen hätten. Im Laufe der Zeit tauchten bei ihnen immer wieder Bestrebungen auf, sich mit den Asiaten gegen Europa zu verbünden. So fiel Ladislaus IV., der Kumane (Kún László, 1272–1290), vom Christentum ab und schloß ein Bündnis mit den Tataren. So begann die „nationale“ Partei nach der Niederlage des westlichen Ritterheeres bei Nikopolis 1396 einen türkenfreundlichen Kurs, und nach Mohatsch 1526 lief der Führer der „nationalen“ Partei, der Raize Zápolya, ins türkische Lager, zum asiatischen „Bruder“, dem Türken hinüber. An der Spitze türkisch-tatarischer Scharen berannten die Fürsten Siebenbürgens, eines türkischen Vasallenstaates, besonders während des Dreißigjährigen Krieges den westlichen Teil des Landes, wo sich das madjarische Volk verhältnismäßig friedlich erhalten konnte. Die Gelegenheit war nämlich günstig: der habsburgische Ungarnkönig wurde von allen Seiten bedrängt, das Reich war jahrzehntelang Kriegsschauplatz Europas. Fürst Georg Rákóczi I. hatte die Lage richtig beurteilt, als er dem Sultan schrieb: „Es ist sicher, daß noch kein siebenbürgischer Fürst eine bessere Gelegenheit hatte zur Ausdehnung des Türkenreiches aus Gottes Gnaden“ (Vgl. Hóman-Szekfü, Magyar történet IV: 78/2. Auflage). Der Sultan sollte ihm unter Führung des Großwesirs 36000 Mann zur Unterstützung gegen den Westen schicken.

Nach der Vertreibung der Türken durch kaiserliche Truppen und nach



Gotteshaus in Parabutsch/Batschka. Dieses Bild stammt aus der Zeit, als noch niemand ahnte, daß wir unsere Heimat bald verlieren würden.

Niederwerfung des Rákóczi-Aufstandes wurde Ungarn mit deutscher Hilfe im wahrsten Sinne des Wortes neu aufgebaut. Nationalistische Tendenzen meldeten sich kaum, so daß die Periode bis 1772 in der Literaturgeschichte als „hanyatlás kora“, Zeitalter des Verfalls, gilt, während die Zeit von 1772 bis 1825 „Zeitalter der Erneuerung“ (Megújulás kora) heißt. Es war dies die Zeit der tiefsten Unterdrückung der großen Masse des Volkes, die Zeit des inneren Verfalls, der Blütezeit des madjarischen Nationalismus. Über diese Zeit mit ihrer Führerpersönlichkeit Ludwig Kossuth behauptet die erwähnte große „Magyar történet“, sie habe alles Östliche an

ihre Brust gedrückt und nicht nur Ungarns Zukunft, sondern auch seine Vergangenheit von der europäischen christlichen Gemeinschaft losreißen wollen (Vgl. Band III: 584). Die Richtigkeit dieser verallgemeinernden Feststellung habe ich in Einzeluntersuchungen nachgewiesen (Vgl. etwa von mir, Das Bild des Deutschen in der ungarischen Literatur. Schorn-dorf, 1977, S. 52–132). Auch in „Ungarns anderes Gesicht“. In: Osteuropa, Jg. 4/1952, S. 265–270).

Dichter und Schriftsteller bereiteten den Weg der Dissimilation der Madjaren von Europa, Historiker zogen bald nach. Der antieuropäische (turanisch-asiatische) Geist fand Aufnahme in der Schule, in der Geschichtserziehung: Die gesamte Geschichte des Landes wurde in antideutschem, antieuropäischem Geiste umfunktioniert; der Deutsche, der seit tausend Jahren dem Madjaren in allen seinen Lebensfragen treu zur Seite stand, wurde in der national-madjarischen Ideologie zum größten Feind, zum ältesten Fluch des Madjaren gemacht: Das Madjarentum war vom europäischen Weg, den ihm Sankt Stefan aufgezeigt hatte, abgewichen. Asiatischer Sumpf verbreitete sich im Lande, in welchem Sumpf verheerende Ideen, verpestete Theorien und mörderische seelische Seuchen gediehen, deren Atem alles vergiftet hat, was mit ihnen in Berührung kam, wie es der Historiker N. Kállay 1932 ausgesprochen hatte.

Eine solche verpestete Theorie und mörderische seelische Seuche, wonach die Madjaren das Recht hätten, die nichtmadjarische Bevölkerung des Landes – im Jahre 1785 waren es rund 70% der Gesamtbevölkerung – zu Madjaren zu machen oder zu vertreiben, konnte auch nur in dem asiatischen Sumpf Horthy-Ungarns gedeihen und sich entfalten. Das 1939 erschienene Levente-Buch „Ohne Gnade“ trug den Gedanken der Vertreibung der nationalen Minderheiten in die breiteste Öffentlichkeit, so daß Ministerpräsident Graf Paul Teleki am 1. 9. 1940 dem Reichsverweser Horthy mitteilen konnte, daß in Ungarn in bezug auf die nationalen Minderheiten die Ideologie „mind kiirtjuk, kikergetjük“ (wir rotten alle aus, wir jagen sie hinaus) vorherrschend ist (Vgl. Horthy Geheimschriften, S. 237). Tat- (Fortsetzung auf Seite 2)

Neue Paßvorschriften für Aussiedler

Wird die Aussiedlung aus Rumänien künftig erschwert?

Wie bekannt wurde, hat der rumänische Staatsrat das Paßdekret von 1970 geändert. Es wurde ein Reiseausweis (Reisetitel) eingeführt. Diesen Ausweis sollen künftig Personen erhalten, die Rumänien endgültig verlassen wollen. Vor Erteilung dieses Reiseausweises muß jedoch erst über die Genehmigung der Ausreise und über den Verzicht auf die rumänische Staatsangehörigkeit entschieden werden.

Nach dem bisherigen Verfahren erteilten die rumänischen Behörden für die Ausreise verschiedene Pässe. Einen blauen Paß erhielten rumänische Staatsangehörige, die endgültig ausreisen. Ein brauner Paß wurde bei der Ausreise von Personen, die nicht mehr rumänische Staatsangehörige waren, erteilt. Auf die rumänische Staatsangehörigkeit mußte vorher verzichtet werden.

Es wird befürchtet, daß die Neuregelung zu einer erheblichen Verzögerung bei der Ausreise Deutscher führt. Mit dem Verzicht tritt nach rumänischem Recht noch kein Verlust der Staatsangehörigkeit ein. Nach dem rumänischen Gesetz über die Staatsbürgerschaft vom 17. Dezember 1971 wird die Entlassung erst mit dem Datum des Genehmigungsdekrets oder von dem im Genehmigungsdekret genannten Zeitpunkt an wirksam. Die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit steht im freien,

nicht nachprüfbares Ermessen der rumänischen Behörden. Bisher wurde der Entlassung erst zugestimmt, nachdem der Antragsteller sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber dem Staat sowie auch gegenüber sozialistischen Organisationen und Privatpersonen geregelt hatte.

Das Entlassungsverfahren aus der rumänischen Staatsangehörigkeit ist sehr langwierig und mit großen Schwierigkeiten für den betroffenen Personenkreis verbunden und kann sich Jahre hinziehen. Da die Aushändigung des Reiseausweises von der Entlassung aus der rumänischen Staatsangehörigkeit abhängig ist, dürfte sich künftig bei der Ausreise Deutscher aus Rumänien der Zeitraum zwischen Antragstellung und der Ausreise erheblich verlängern. Es ist nicht auszuschließen, daß mit dieser Maßnahme der sehr große Ausreisewille der Deutschen aus Rumänien gebrochen werden soll. In zunehmendem Maße verlassen hochqualifizierte Fachkräfte das Land, was zu einer Schwächung der stark angeschlagenen Volkswirtschaft Rumäniens beiträgt.

Auch dürfte durch das neue Verfahren die zurückgegangene Schmiergeldpraxis gefördert werden. Nach zugegangenen Informationen sind die sogenannten „Vermittler“ vorsichtiger geworden. Sie verhielten sich überwiegend konspirativ. Es fiel

weiterhin auf, daß die „Vermittler“ sehr gut über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Angehörigen ausreisewilliger Deutscher in der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet waren. Es wird eine Mitwirkung des rumänischen Geheimdienstes vermutet. So pflegten Angehörige der rumänischen Botschaft Kontakte zu Aussiedlern aus Rumänien. Besonders wurden die Aussiedlerverbände, insbesondere die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, umworben. Nach Berichten von Insidern besuchten Angehörige der rumänischen Botschaft, die für den rumänischen Geheimdienst tätig sind, verdeckt Versammlungen der Landsmannschaften.

Den Aktivitäten des rumänischen Geheimdienstes sowie den Schmiergeldzahlungen sollte mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die Zahlung von Schmiergeldern benachteiligt Deutsche in Rumänien, die diese Beträge nicht aufbringen können. Schmiergelder bewirken keine Erhöhung der Ausreisegenehmigungen, sondern allenfalls eine Verschiebung in der Reihenfolge der Bearbeitung der Ausreisearträge. Bekannt geworden Fälle von Schmiergeldzahlungen sollten immer dem Auswärtigen Amt oder der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest mitgeteilt werden.

Adolf Wolf
(Deutscher Ostdienst)



Kirchweihburschen in Marienfeld, rum. Banat, beim Einsammeln des Weines ein paar Tage vor dem Kirchweihfest. In der Hocke v. r. n. l. Erwin Erling, Wener Schön, Edwin Erling, Helmut Ankner und Edi Heim. (Einsender des Photos: Michael Schmidt, Hauptstr. 34, 6711 Gerolsheim.)

261 764 Deutsche und Volksdeutsche wollen aussiedeln

Von den 3,3 Millionen Deutschen, die noch in Ost- und Südosteuropa leben, bemühten sich nach dem gegenwärtigen Stand 261 764 um eine Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Das berichtete der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages. Dabei gingen nach Ansicht des DRK die tatsächlich vorhandenen Ausreisewünsche weit über den aktuell registrierten zahlenmäßigen Stand hinaus. Von dem dem DRK mit Stichtag 1. Januar 1986 vorliegenden Aussiedlungsanträgen von namentlich bekannten Personen betreffen 62 275 die Sowjetunion, 124 892 Polen, 1193 die Tschechoslowakei, 107 Ungarn und 70 792 Rumänien. Mit großer Sorge werde der ständige Rückgang genehmigter Ausreisen aus der Sowjetunion und aus Polen betrachtet, betonte der DRK-Präsident. Die Lebensumstände der Deutschen in Ost-

und Südosteuropa hätten sich in den letzten Jahren entscheidend verschlechtert. Die Ausreisewilligen würden nach Einreichung eines Antrages auf Ausreise vielfältigen Schwierigkeiten und Repressalien ausgesetzt. Im vorigen Jahr hätten nur 460 Personen die Genehmigung zur Ausreise aus der Sowjetunion erhalten. Dies sei das schlechteste Ergebnis seit 1970 gewesen. s. u. e.

Im April 2826 Spätaussiedler

Im Monat April trafen in der Bundesrepublik Deutschland 2826 Aussiedler aus ost- und südosteuropäischen Staaten ein. Aus der Sowjetunion kamen 70 Personen, aus Polen 1809, aus der Tschechoslowakei 49, aus Ungarn 25, aus Rumänien 851, aus Jugoslawien 19 und aus sonstigen Gebieten 3.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 10 826 Aussiedler registriert, 1036 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Noch 300000 Deutsche in Rumänien

Beim Verbandstag der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen betonte Staatsminister Franz Neubauer in Geretsried, daß die Zahl der ausreisewilligen Deutschen aus Rumänien unverändert hoch sei. Etwa 80 Prozent der noch über 300000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben wollen Rumänien verlassen, weil sie unter den widrigen Bedingungen der marxistischen Planwirtschaft ihre besonderen Fähigkeiten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nicht mehr entfalten können. Von 1950 bis März 1986 seien über 181000 deutsche Aussiedler aus Rumänien in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden. Neubauer versicherte, daß Bayern den ausgesiedelten Deutschen heute wie auch in der Vergangenheit soziale Sicherheit und Anpassungsmöglichkeiten zu denselben Bedingungen wie den einheimischen Bürgern ermöglichen wolle. Dies erfordere natürlich erhebliche finanzielle Anstrengungen des Staates. Zusätzlich zu den Leistungen im Wohnungsbau, im Rahmen des Lastenausgleichs und anderer Sozialleistungen sowie der Personalkosten für Förderschulen und Sonderlehrgänge habe Bayern in den Jahren 1984 und 1985 jeweils über 23 Millionen DM für die Aufnahme, Unterbrin-

gung, Beratung und Betreuung der Aussiedler und Zuwanderer aufgebracht. Für 1986 stünden sogar über 28 Millionen DM zur Verfügung. oprM

Bundeskabinett setzt Menschenrechtskommission ein

Das Bundeskabinett hat die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission zu den Menschenrechten beschlossen. Wie die deutsch-

landpolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU/CSU und FDP, Eduard Lintner und Uwe Ronneburger, in Bonn mitteilten, soll das Gremium den Grad der Verwirklichung der Menschenrechte für die Deutschen in den Ostblockstaaten beobachten und der Bundesregierung darüber regelmäßig Bericht erstatten. Mit der Einsetzung dieser Kommission, die von Bundesjustizminister Hans Engelhard berufen werden soll, sei ein wichtiges Anliegen der beiden Regierungsfractionen verwirklicht worden.

Rumänen drängen illegal in die Bundesrepublik Deutschland

Die illegale Zuwanderung rumänischer Staatsangehöriger ist an der bayerischen Grenze sprunghaft angestiegen. Insgesamt nahmen Beamte der Grenzpolizei und des Zollgrenzdienstes im April 76 illegale Grenzgänger fest. In den ersten vier Monaten des Jahres waren über die grüne Grenze bereits 67 Rumänen, nur fünf weniger als im gesamten Jahr 1985, gekommen. oprM

Waren denn die Madjaren assimiliert?

(Fortsetzung von Seite 1)

sache ist, daß der Turanismus die Endstufe des madjarischen Nationalismus bedeutet und daß die bedeutendsten Geister des Madjarentums wie etwa Ende Ady, Dező Szabó usw. Turaner waren. Ady fühlte, „der gelben Rasse Pein“, D. Dzabó aber schärfte seiner „Rasse“ ein, sie dürfe niemals vergessen, sie könne nur darin groß sein, darin liege ihre unverwundliche Kraft, was sie aus Asien, aus dem Osten mitgebracht habe. „Der Urboden ist Asien“ (Vgl. Az egész látóhatár – Der gesamte Horizont, III:194). Seit Petöfi (gest. 1849) betonten die madjarischen Dichter stets ihren Gegensatz zu Europa. Das Madjarentum sei eben die edelste Verkörperung der turanischen Herrenrasse, die am tiefsten in den Leib Europas vorgedrungen Speerspitze Asiens. Besonders gefährlich für die „organischen“ historischen Ziele der Madjaren, nämlich für ihre Vereinigung mit den Turanern in Asien waren die Ungarndeutschen, darum richtete sich ihr besonderer Haß gegen diese Volksgruppe. Dabei waren sie, die Madjaren, von dem Weg, den ihnen ihr Staatengründer vorgezeichnet hatte, abgewichen, wobei sie doch niemals mehr von der Stefansidee sprachen als gerade damals, als sie von Tag zu Tag tiefer in den faulen asiatischen Sumpf versanken.

Ausstellung im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Die Stiftung „Haus des Deutschen Ostens“ und die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen haben während der Plenarsitzung des nordrhein-westfälischen Landtags am 23. April in der Wandelhalle des Landtagsgebäudes die Ausstellungen „40 Jahre Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in NW – am Beispiel der Siebenbürger Sachsen“ und die Buchausstellung „Deutschsprachige Gegenwartsliteratur aus der Sozialistischen Republik Rumänien“ gezeigt. Der Präsident des Landtages, Karl Josef Denzer, eröffnete die Ausstellungen im Beisein des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales,

Hermann Heinemann, und vieler Abgeordneter. Flucht und Vertreibung hätten auch die Bevölkerung Siebenbürgens dezimiert, sagte der Landtagspräsident. Enteignung und völlige Veränderung der Lebensbedingungen in Rumänien hätten bei immer mehr Siebenbürger Sachsen den Wunsch nach Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland hervorgerufen. Viele seien im Wege der Familienzusammenführung in den Westen gekommen. Sie seien mittlerweile auch in Nordrhein-Westfalen voll integriert. Gleichwohl seien sie sich ihrer gemeinsamen Tradition bewußt, pflegten den regelmäßigen Kontakt untereinander und zu den noch in Rumänien verbliebenen Deutschen. Das Patenschaftsverhältnis, in dem das Land Nordrhein-Westfalen seit nunmehr 29 Jahren zur Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen stehe, empfinde auch der Landtag als ehrenvolle Verpflichtung, ihr seine Unterstützung zu gewähren. Der Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung „Haus des Deutschen Ostens“, der Landtagsabgeordnete Karl Trabalski, dankte dem Landtagspräsidenten und wies auf die enge Verbindung zwischen dem Landtag von Nordrhein-Westfalen und der Stiftung „Haus des Deutschen Ostens“ in Düsseldorf hin, in deren Kuratorium Vertreter der Landtagsfraktionen sind. Der Landesvorsitzende der Landsmannschaft, Pfarrer Robert Gassner, dankte im Namen der Landsmannschaft dafür, daß sich die Siebenbürger Sachsen in diesem Land an Rhein und Ruhr angenommen fühlen und „wieder daheim sind“. s. u. e.

Kosovo: Wenn nicht Pulverfaß, dann Zeitbombe

Der erste Versuch der albanischen Minderheit in Jugoslawien, den Weg in die nationale Freiheit über „Kosovo republika“ zu beschreiten, ist im März 1981 mißlungen. Die Gefängnisse sind seit dieser Zeit voll, auch mit ehemaligen kommunistischen Parteimitgliedern. Und ebenso voll sind die jugoslawischen Zeitungen täglich mit Nachrichten und Hetzartikeln über die Abwanderung der Serben und Montenegriner aus Kosovo. Belgrad hat bisher noch kein Mittel gefunden, diese Abwanderung aufzuhalten. Laut Angaben der „Borba“ vom 19./20. 4. 1986, S. 4, sind in der Zeit von 1982 bis Ende 1985 insgesamt 1836 Familien bzw. 18 150 Personen aus Kosovo weggezogen – „und wenn es in dem Tempo der ersten drei Monate von 1986 so weitergeht, wird sich die Abwanderung in diesem Jahr noch vergrößern. Dazu kommt jetzt noch die Tendenz der Abwanderung der türkischen Minderheit aus Kosovo...“

Das Fernsehprogramm Tiranais sei in Kosovo besser zu sehen und zu hören als die jugoslawischen Sendungen. Sorgen bereitet den Machthabern auch die steigende Zahl von Haus- und Grundstücksverkäufen: „Die Verkäufer sind Serben, die Käufer Albaner“ – heißt es resigniert. Der alles entscheidende Vorgang

auf Dauer gesehen spielt sich jedoch im „Hintergrund“ ab. Mit der Zahl – 158 – der Neugeborenen auf 1000 Frauen steht Kosovo in Europa an erster Stelle. Die Geburtenrate beträgt in Kosovo (mit über 2,3 Millionen Einwohnern, von denen rund 80 Prozent Albaner sind), 25,6; sie ist dreimal größer als der jugoslawische Durchschnitt (7,8 Prozent) und 17mal größer als der der Wojwodina – Gottes Mühlen mahlen langsam. („Borba“, 17. 4. 1986, S. 2)

Dr. Anton Lehmann

Mehr Erdöl aus dem Banat – Kikinda an der Spitze

In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden auf den Erdölfeldern der Wojwodina 282 617 Tonnen Erdöl gefördert; um 6172 Tonnen, oder um 2,2% mehr, als im Plan für diese Zeit vorgesehen war. Die größten Mengen stammen – wie immer – von den Erdölfeldern des nördlichen Banats um Kikinda.

In der gleichen Zeit wurden hier auf 307 989 000 Kubikmeter Erdgas gewonnen, d. h. um 54 887 000 Kubikmeter, oder um 21,7 Prozent mehr als geplant. Einfluß auf diese Steigerung hatte auch der größere Verbrauch von Erdgas im Banat selbst. („Borba“, 11. 4. 86, S. 10) Dr. Anton Lehmann

Gefängnis für Geistliche in Bosnien

Das Kreisgericht in Zenica in Bosnien verurteilte den Imam Halif Mehtić (33 Jahre) zu drei Jahren Gefängnis, „da er in den letzten Jahren während des Gottesdienstes und Religionsunterrichtes für Erwachsene durch sein Vorgehen nationalen und religiösen Haß erzeugte und Unduldsamkeit hervorgerufen hat“. Der Imam bestritt, daß Serben und Kroaten Brüder der Muslime sein können und verbot jede Gemeinsamkeit mit ihnen.

Am 8. April dieses Jahres verurteilte das Kreisgericht in Banja Luka in Bosnien den katholischen Geistlichen Filip Lukenda (43 Jahre) zu vier Jahren Gefängnis – „wegen Erregung von nationalem und rassistischem Haß. Er hat in der Zeit von 1978 bis Dezember 1985 vor Zeugen ausgeführt, daß die Kroaten in Bosnien und in der Herzegowina unterdrückt werden, daß sie auswandern müßten, weil Serben und Muslime Druck auf sie

ausübten, daß die Mischehen daran schuld seien, daß Kinder ihre nationale Eigenart verlieren, daß Erzbischof Stepinac unschuldig verurteilt worden sei, und daß sie sein Grab besuchen müßten“. („Borba“, 9. 4. 86, S. 12) Dr. Anton Lehmann

Landwirtschafts-Flugzeuge in Werschetz konzentriert

Alle 20 Stück landwirtschaftliche Flugzeuge der Firma „JAT“ stehen in Werschetz bereit für den Einsatz in der Landwirtschaft der Wojwodina und Serbiens. Diese Flugzeuge können eine landwirtschaftliche Fläche von 400 000 Hektar versorgen. Die Fa. „JAT“ hat mit den landwirtschaftlichen Großbetrieben Einsatzverträge abgeschlossen, wonach auf 350 000 Hektar Dünger ausgestreut und verschiedene Pflanzenschutzmittel aus der Luft versprüht werden. („Borba“, 9. 4. 86, S. 4) Dr. Anton Lehmann

Weißkirchen bekommt größtes Kühlhaus

Das landwirtschaftliche Kombinat „Süd-Banat“ in Weißkirchen, zu dem hauptsächlich Felder der erschlagenen schwäbischen Bauern gehören, bekommt in diesem Jahr ein neues Kühlhaus zur Lagerung von 300 Waggon Obst. Zusammen mit den bisherigen Möglichkeiten können dann insgesamt 700 Waggon Obst gelagert werden. Dies soll ausreichend sein für den Bedarf von Weißkirchen, der größten Obstplantage der Wojwodina mit 1500 Hektar bepflanzter Fläche. Dank der Bewässerung konnten im vorigen Jahr auf der Obstfarm in Weißkirchen über 2100 Waggon Äpfel, Tafeltrauben, Birnen und Pfirsiche geerntet werden. Ein Teil der Obsternte ging nach Österreich, England und in die Tschechoslowakei. („Borba“, 3. 4. 86, S. 12)

Dr. Anton Lehmann

Klage der Serben

Laut rumänischer amtlicher Statistik aus dem Jahre 1979 gab es damals in Rumänien etwa 34 000 Serben, etwa 7600 Kroaten und 700 Slowenen. Die Serben leben hauptsächlich im Banater Grenzgebiet zu Jugoslawien und in Temeschburg; die 7600 Kroaten dürften die ehemaligen „Kraschowener“ im Banater Bergland sein, deren Zahl man vor dem Zweiten Weltkrieg noch auf rund 10 000 schätzte.

Die Belgrader „Borba“ vom 17. 4. 86, S. 3, klagt darüber, daß trotz zugesicherter Rechte der Minderheiten in der rumänischen Verfassung hinsichtlich des Gebrauchs der Muttersprache in den Schulen – „in Rumänien eine sehr engherzige Politik gegenüber allen Minderheiten geführt wird!“ Amtlich werde die Schaffung einer einheitlichen rumänischen Nation verkündet... Dr. A. Lehmann

Doppelt schweres Schicksal der vertriebenen Landwirte

„Der Bauer, dem die alte Heimat genommen wurde und der in der neuen Heimat wieder Bauer werden konnte, hat in seinem Leben zweimal ein schweres Schicksal hinnehmen müssen“, erklärte der ehemalige hessische Staatssekretär Frank Seiboth vor dem „Heimatvertriebenen Landvolk“ in Hessen. Zum einen, weil dem vertriebenen Landwirt mit dem Verlust der Heimat die oft durch viele Generationen von Vorfahren hart erarbeitete Lebensgrundlage genommen wurde, zum anderen, weil er nach hartem Mühen um einen neuen Anfang infolge der schlechten wirtschaftlichen Situation des Großteils der deutschen Landwirtschaft in der EG sich um den gerechten Lohn für seine mühevollen Arbeit gebracht sehe. In den gemeinsamen europäischen Markt sei seit den Römischen

Verträgen nur die Landwirtschaft integriert. Die Landwirtschaft habe in dieser Phase europäischer Gemeinschaftswendung Opfer über Opfer bringen müssen. Den Nutzen hätten in der Bundesrepublik allein die Industrie, zum Teil das Handwerk und der Großhandel gehabt. Vor etwa drei Jahrzehnten, als die Eingliederung vertriebener Bauern im Gange gewesen sei, hätten viele darüber geklagt, daß sie nicht Vollerwerbsstellen, sondern nur Nebenerwerbsstellen bekommen konnten. Heute seien die meisten von ihnen froh, daß sie nicht Vollbauern wurden, sondern in einer Zeit, da allenthalben Arbeitskräftemangel herrschte, einen neuen Beruf ergreifen und ein Eigenheim mit etwas Land dazu errichten konnten. s. u. e.



Der Fortschritt im „sozialistischen“ Jugoslawien ist nicht aufzuhalten. Endlich haben die „Genossen“ die schönen Fenster aus dem einst passablen Bauernhaus herausgenommen und durch kleinere – Pappfenster – ersetzt. Sonne und Luft brauchen die jetzigen Einwohner nicht. Es ist dies das ehem. Haus von Hans und Klara Bründl in Lowas, Syrmien. (Einsender des Photos: Josef Amann, Eugen-Nägele-Str. 32, 7290 Freudenstadt.)